

## Referatsteil Ukraine-Krieg und Corona auf der Bezirksmitgliederversammlung der DKP Saarland am 26.03.22

Thomas Hagenhofer, Bezirksvorsitzender

Liebe Genossinnen und Genossen,

in meinem Beitrag werde ich mich mit dem Krieg in der Ukraine und mit der Corona-Pandemie beschäftigen.

In unserem Referat zur Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP Saarland 2017 schrieben wir folgendes:

„Mit dem erneuten Versuch der NATO, unliebsame Konkurrenten im Weltmaßstab totzurüsten und so einen Regime change zu erzwingen, wächst auch die Gefahr eines großen Krieges. Diesmal steht aber kein sozialistisches Staatensystem gegenüber sondern ein ebenfalls der kapitalistischen Produktionsweise unterworfenen Russland – mit allen bekannten Begleiterscheinungen wie Ausbeutung, Großmachtpolitik, Unterdrückung der Opposition im Land, gepaart mit autokratischen Strukturen. Wie Teile der Linken, gerade auch in unserer Partei, dort eine Friedensmacht erkennen können, erschließt sich keiner an marxistischen Kriterien ausgerichteten Gesellschaftsanalyse.“

Nun erreicht die multiple Krise des Kapitalismus in einem neuen gefährlichen Krieg seinen bisherigen Höhepunkt. Man kann mit Fug und Recht sagen: Ob in der Pandemie, gegenüber den Geflüchteten aus den Ländern des Südens oder im Krieg – dieses System tötet.

In der Ukraine stehen sich seit Jahren zwei imperialistische Kräfte gegenüber. Bereits vor fünf Jahren war absehbar, dass das alles nicht gut enden wird. Jetzt sind wir in der größten globalen Eskalation seit 1945, schlimmer als der Cuba-Krise 1962 angekommen.

In der Einschätzung sind zwei Aspekte zu unterscheiden. Seit Jahrzehnten missachtet die NATO die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands gegen ihre Versprechen durch die Osterweiterung der NATO und durch eine Hoch- ja Überrüstung. Der Westen hat den Putsch in der Ukraine mit finanziert. Während die NATO-Staaten 56% der weltweiten Rüstungsausgaben bestreiten, bringen es Russland und China auf 16% - alles Angaben des Stockholmer Instituts SIPRI. Die USA will sich nicht mit dem Verlust der globalen Vormachtstellung abfinden.

Russland wiederum betreibt eine imperialistische Großmachtpolitik zugunsten seines Monopolkapitals und des MIK. Seit vielen Jahren warnt die Friedensbewegung vor einer sich zuspitzenden Kriegsgefahr. Der langjährige Bürgerkrieg im Donbass konnte nicht politisch gelöst werden, insbesondere wegen die Weigerung der ukrainischen Führung, die Minsk II-Vereinbarungen umzusetzen. Stattdessen eskalierte der Krieg, auch durch den Einsatz von faschistischen Gruppen auf ukrainischer Seite.

Nun hat Russland, das mittlerweile immer mehr den Charakter eines autoritär regierten Polizeistaats angenommen hat, die Granate in das Pulverfass geworfen. Die Friedensbewegung und auch die DKP Saarland verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine und die Verletzung ihrer staatlichen Souveränität.

Zu weiteren Positionierungen und Forderungen hat der Bezirksvorstand einen Antrag an die heutige Versammlung gestellt.

Wir wissen: Das erste Opfer eines jeden Krieges ist die Wahrheit. Die Propaganda-Maschinerien laufen - auf beiden Seiten. Als Marxistinnen und Marxisten dürfen wir aber vor diesem Trommelfeuer erkenntnistheoretisch nicht kapitulieren. Wir brauchen keine alternativen Fakten, wie sie uns beide Seiten anbieten, sondern müssen versuchen, die Wirklichkeit so genau wie möglich zu erfassen. Wir bleiben dabei: Die Welt ist erkennbar.

Ich will mich daher mit ein paar Argumenten auseinandersetzen, die in diesem Zusammenhang immer wieder genannt werden.

Manche linke Kräfte fordern in dieser Situation Waffenlieferungen an die Ukraine. Sie stellen sich damit nicht nur an die Seite einer Partei in einem imperialistischen Krieg. Waffenlieferungen führen letztlich zu einer Verlängerung des Krieges, zu noch mehr Leid in der Zivilbevölkerung. Schon jetzt sind Millionen auf der Flucht. Nein: Dieser Krieg, in dem sich die jungen Arbeiter aus Russland und der Ukraine gegenseitig umbringen, nicht für ihre Bevölkerung oder Nation sondern für ihre Bourgeoisie, muss so schnell wie möglich beendet werden. Und dann vergleichen manche das Verhalten der NATO-Staaten mit der Appeasement-Politik, also dem Zurückweichen gegenüber dem deutschen Faschismus vor dem Zweiten Weltkrieg. Sie negieren völlig den aggressiven Charakter der NATO und beten letztlich deren Propaganda nach. Die russische Armee ist nach den Erfahrungen der letzten Wochen einer modern ausgerüsteten Armee in einem Angriffskrieg nicht überlegen. Alles Geschrei nach notwendiger Aufrüstung ist nichts als ein weiterer Versuch, noch mehr Überlegenheit zu erzielen.

Auch meinen einige Linke, man müsse nun die vom Westen forcierte Sanktionspolitik unterstützen. Außenministerin Baerbock spricht davon, Russland zu ruinieren. Das ist nichts anderes als ein kriegerischer Akt und verstößt ebenfalls gegen Völkerrecht. Nein, wer Druck auf die russische Regierung machen will, muss das ökonomische Umfeld treffen – mit gezielten Sanktionen, die Oligarchen, kapitalistische Großunternehmen und die Finanziere des Krieges. Der Westen ist dazu nicht bereit, weil er dann eben auch die Schlupflöcher für die Oligarchen des Westens und ihre Steuersparmodelle schließen müsste. Lieber führt man einen Wirtschaftskrieg – zunächst gegen die russische Bevölkerung, aber wir bleiben ja nicht verschont. Die arbeitenden Menschen des Westens werden ebenfalls darunter leiden – aber vor allem in Afrika drohen neue Hungerkrisen.

Anders herum glauben manche, Russland müsse seine Sicherheitsinteressen in diesem Krieg verteidigen, weil der Westen in Verhandlungen nicht dazu bereit war. Was für ein Spiel mit dem Feuer! Nein, Krieg kann niemals die Lösung bringen in einem solchen Konflikt. Es hätte unzählige andere Möglichkeiten gegeben, z. B. ein Ultimatum an den Westen in Sachen Rohstofflieferungen. Aber genau davor hat die russische Regierung die Finger gelassen: Sie wollte ihrem Monopolkapital nicht das Geschäft vermasseln. Dafür sterben jetzt Tausende in diesem Krieg, werden Städte eingekesselt und bombardiert.

Und wer noch Zweifel hatte, wie gut die russischen Machthaber vom Westen gelernt haben, wird spätestens nach dem mehrfachen Einsatz der Hyperschallraketen erkennen können: Hier findet gerade eine perverse Werbeveranstaltung für Russlands Rüstungsindustrie statt.

Wie die NATO im Jugoslawien-Krieg werden ihre neuen Waffen im Einsatz getestet. Es ist abscheulich!

Infolge dieses Krieges werden wir einen Rüstungswettlauf erleben wie wohl nie seit 1945. 100 Milliarden Euro und über 2% des BIP für die Rüstung – die Sektkorken knallen auch in den Chefetagen der westlichen Rüstungsindustrie. Nun dauert der Krieg erst vier Wochen und bringt tatsächlich eine Zeitenwende – eine mit medialem Trommelfeuer angeheizte Wende zu nahezu hemmungsloser Aufrüstung in Deutschland, zu massiver Stabilisierung und Stärkung von NATO und EU. Wir erleben eine drastische Zunahme von Russlandfeindlichkeit, eine Änderung der Massenstimmung für Aufrüstung und pro Bundeswehr – die Bewerbungszahlen steigen schon. Kanonen statt Butter – Bomber statt Bildung – Kampfdrohnen statt Klimaschutz Die Grundstimmung in der deutschen Bevölkerung für Abrüstung und gegen Militär, die die Friedensbewegung vor allem in den 80er Jahren erkämpft hat, geht mit jedem Tag Krieg mehr verloren.

Die russische Regierung riskiert mit ihrer Kamikazepolitik zudem eine globale Machtverschiebung zugunsten von USA und NATO. Dieser Krieg nutzt nur der NATO, den Spekulanten und der Rüstungsindustrie. Man kann nur wünschen, dass der Einfluss Chinas auf den Kreml groß genug ist, um diesen Krieg schnellstens zu beenden. Chinas Abstimmungsverhalten in der UNO spricht diplomatische Bände. Sie sehen genau, was hier auf dem Spiel steht.

Wir brauchen in der internationalen Zusammenarbeit eine Rückkehr zum Völkerrecht. Die NATO hat mit dem Jugoslawienkrieg und der Anerkennung des Kosovo die Büchse der Pandora geöffnet. Russland hat sich auf denselben gefährlichen Weg begeben. Wenn wir überleben wollen, wenn dieser Planet eine Chance haben soll, muss eine Kehrtwende stattfinden. Der Kapitalismus muss zum Frieden und zum Klimaschutz gezwungen werden. Wir benötigen ein Maximum an internationaler Zusammenarbeit und Vertrauen zur globalen Bewältigung der Klimakrise. Und wir haben dafür nur noch wenige Jahre Zeit. Deshalb: Schluss mit dem Krieg – Schluss mit der Aufrüstung.

Liebe Genossinnen und Genossen,

dass dieser kapitalistische Staat nicht Leben und Gesundheit seiner Bevölkerung schützen sondern in erster Linie die Profitmaschine auf Laufen hält, zeigt sich immer wieder in der Corona-Pandemie. Während China, Cuba, Vietnam seine Einwohner\*innen wirksam vor dem Virus schützt, hat bei uns die FDP einen aberwitzigen Freedom-Day durchgesetzt. Gleichzeitig steigen die Ansteckungszahlen auf Rekordniveau. Jeden Tag sterben weiterhin 200 bis 300 Menschen in Verbindung mit dem Virus. Die Belegungen in Krankenhäusern und auch Intensivstationen steigen schon wieder. Die Beschäftigten in den Krankenhäusern sind schon lange über dem Limit. Es ist völlig unverantwortlich und unsolidarisch, wie mit ihnen umgegangen wird. Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, solidarische Lösungen zur Bekämpfung der Pandemie zu entwickeln.

Eine Prämisse wurde von den Herrschenden von Anfang an in den Mittelpunkt gerückt: Die Wirtschaft muss in der Gänze weiter laufen, damit die Profite sicher sind. Die Aufrechterhaltung der Produktion in nicht lebensnotwendigen Bereichen, die Profitinteressen der Krankenhauskonzerne z. B. sind nach wie vor ein entscheidender Faktor

für Maßnahmen. Im Vordergrund stehen dabei die Interessen der Großkonzerne. Was da sonst noch auf der Strecke bleibt, im Mittelstand, im Kultur- und Nicht-Profi-Sportbereich ist eigentlich egal. Es ist doch ein Skandal und ungerecht, dass die Arbeitenden durch Kurzarbeit und Arbeitsplatzverlust soziale Einbußen verkraften müssen, während ein anderer Teil selbst in der Corona-Krise weiter scheffeln kann und immer reicher wird.

Unsere Position als Kommunisten war und ist: Der Mensch muss bei allen Entscheidungen im Mittelpunkt stehen und nicht der Profit!

Das staatlich sanktionierte Profitstreben gefährdet nicht nur die Gesundheit von Millionen, sondern auch Leben. Wir fordern: Die Herrschenden müssen alles tun, um Leib und Leben zu schützen und dafür den Dialog mit der Bevölkerung zu suchen. Das geht auch in der Pandemie – mit neuen Kommunikationsmitteln, mit digitalen Bürger/innenräten und mehr Mitbestimmung in den Betrieben.

Es zeigt sich auch, dass das große Kapital, das die privatwirtschaftlich organisierte Wirtschaft dominiert, mit seinen Interessen objektiv der effizienten Bekämpfung von Corona im Wege steht. Das ist das eigentliche Problem. Wir Kommunisten unterstreichen deshalb erneut: Es kann nicht so weiter gehen wie bisher! Wir benötigen dringend grundlegende Veränderungen in der Eigentumsfrage! Privatkapitalistisches Eigentum muss den gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen untergeordnet sein und nicht umgekehrt!

Und es gab auch kein Konzept, um zu einer höheren Impfquote zu kommen, um die Gleichgültigkeit in Teilen Bevölkerung zu überwinden. Jede Kommune, jeder Landkreis versucht eigene Maßnahmen. Die Impfangebote in sozialen Brennpunkten waren Eintagsfliegen.

„Das ist alarmierend“, sagte die Geschäftsführerin der Arbeitskammer des Saarlandes. Jede fünfte Pflegekraft im Saarland will aufhören, ergab eine Umfrage der AK. Die überwältigende Mehrheit der Befragten fühle sich von der Politik im Stich gelassen, für sorgfältige Entscheidungen bleibe keine Zeit, vor allem auf den Intensivstationen. Seit über 2 Jahren arbeiten durch die Corona-Pandemie ärztliches und pflegerisches Personal unter Höchstbelastung. Schon vorher fehlten tausende Pflegekräfte in den Kranken- und Pflegehäusern.

Neben den Ärzt\*innen und Pfleger\*innen sind vor allem die Patientinnen und Patienten die Leidtragenden, im wörtlichen Sinn. Gerade auf den Intensivstationen sind für die Patientinnen und Patienten Sorgfalt bei der medizinische Betreuung und Zeit für persönliche Fürsorge wichtig.

Die Gewerkschaft ver.di hat Vorschläge gemacht um die Situation zu verbessern, hat Tarifverträge und Vereinbarungen durchgesetzt, um Mindestbesetzungen und Höchstbelegungen auf Stationen zu sichern. Doch es fehlt mehr Personal, um die Arbeitsbedingungen dauerhaft zu verbessern. Im Gesundheitswesen habe die jahrelange Ausrichtung auf wirtschaftliche Aspekte die Personaldecke in der Pflege ausgedünnt. Das Fallpauschalen-System hat die Krankenhäuser ruiniert, die Pflege und die Pflegekräfte an die Belastungsgrenze gebracht. Weiterhin hält „die Politik“ an dem Fallpauschalensystem fest.

Hinter all diesen Problemen steckt immer wieder die Frage, wie viele Tote sich der kapitalistische Staat leisten will und kann. Es wird – sogar in öffentlichen Statements – austariert zwischen Wirtschaftsinteressen auf der einen Seite und den Zahlen von Intensivpatienten und Toten auf der anderen. Sind letztere zu hoch, werden die Maßnahmen wieder angezogen – aber immer nur soweit, wie es die Profite der Konzerne vertragen. Menschenleben werden den Kapitalinteressen geopfert.

Es ist überdeutlich: Dieses System tötet! Wo bleibt eigentlich der gesellschaftliche Aufschrei gegen diese einen Massenmord verursachende Clankriminalität von Superreichen in Deutschland? Linke und Gewerkschaften wehren sich richtigerweise gegen Einschränkungen demokratischer Rechte in der Pandemie und die bereits angekündigte Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitenden und von Arbeit ausgegrenzten Menschen. Aber wer kämpft konsequent für Menschenleben und Gesundheit? Wir können diese Aufgabe doch nicht den Herrschenden überlassen, die sich auch in der Krise immer an Kapitalinteressen orientieren. Die Zahlen zeigen dabei deutlich: Die Reichen können sich schützen, die Pandemie trifft vor allem die Arbeiterklasse.

Wir sollen uns an das Sterben für das System gewöhnen. An die toten Geflüchteten im Mittelmeer und in Nordafrika, an die globalen Opfer unserer unbarmherzigen Exportwalze in Afrika, an die durch unsere Rüstungsexporte getöteten Menschen, an die Corona-Toten. Es geht darum, die Gesellschaft abzustumpfen, auch für neue Kriege. So wird den Menschen vorgegaukelt, diese Opfer müssten gebracht werden, um ihren Lebensstandard zu sichern, um Arbeitsplätze zu erhalten und in Zukunft um die lästige Konkurrenz China auf dem Weltmarkt auch militärisch in Schach zu halten. Und so schließt sich der Kreis zur laufenden Kriegspropaganda. Alfons Mais, Inspekteur des Heeres, forderte in einem programmatischen Vortrag schon im November 2020, die deutschen Truppen müssten "durchsetzungsfähig, kriegsbereit und siegesfähig sein. Sie müssen in der Lage sein, Schläge einzustecken, sich neu zu formieren und zurückzuschlagen bis der Auftrag erfüllt ist". Der Bevölkerung soll im Propagandakrieg gegen China und Russland die Kriegsmüdigkeit endlich ausgetrieben werden.

Wir machen da nicht mit. Mobilisieren wir jetzt alles was geht zum Ostermarsch Saar, der dieses Jahr seinen 60. Geburtstag feiert! Helfen wir mit, dass die Ostermärsche beeindruckende Manifestationen gegen das Hochrüstungsprogramm der Bundesregierung werden. Unterstützen wir den Appell „Demokratie und Sozialstaat bewahren – Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!“, der von über 600 Prominenten aus Wissenschaft, Kultur, Kirchen, Gewerkschaften, Politik unterstützt wird. Sammeln wir selbst dafür Unterschriften. Seit an Seit mit der Friedensbewegung fordern wir: Schluss mit dem völkerrechtswidrigen Krieg – Schluss mit der Aufrüstung. Die Waffen nieder!